



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 3. Juni 2010 (14.06)
(OR. en)**

10636/10

PUBLIC 25

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
APRIL 2010

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im April 2010 angenommenen Rechtsakte ^{1 2} ,
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Gesetzgebungsakte, wie das Datum der Annahme, die betreffende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu/> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Gesetzgebungsakte (zugänglich auf der Website <http://consilium.europa.eu/>, Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – "Ratsprotokolle").

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM APRIL 2010 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

Schriftliches Verfahren vom 14. April 2010

Standpunkt (EU) Nr. 9/2010 des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen – vom Rat am 14. April 2010 festgelegt (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. C 123 vom 12.5.2010, S. 17-31

Standpunkt (EU) Nr. 10/2010 des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – vom Rat am 14. April 2010 festgelegt (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. C 123E vom 12.5.2010, S. 32-58

**3009. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN)
vom 26. April 2010 in Luxemburg**

2010/232/GASP: Beschluss 2010/232/GASP des Rates vom 26. April 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar
ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 22-108

2010/231/GASP: Beschluss 2010/231/GASP des Rates vom 26. April 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Somalia und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/138/GASP
ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 17-21

Verordnung (EU) Nr. 356/2010 des Rates vom 26. April 2010 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen aufgrund der Lage in Somalia
ABl. L 105 vom 27.4.2010, S. 1-9

Beschluss des Rates über die Weitergabe – an internationale Organisationen und andere dritte Parteien – von EU-Verschlusssachen und Dokumenten, die für die Zwecke der vom Rat eingerichteten EU-Missionen erstellt wurden
8463/10

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 400/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Ausweitung des mit der Verordnung (EG) Nr. 1858/2005 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China auf die Einfuhren von aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungszeugnisse aus der Republik Korea angemeldet oder nicht, und zur Einstellung der Untersuchung betreffend die aus Malaysia versandten Einfuhren
ABl. L 117 vom 11.5.2010, S. 1-12

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 363/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1001/2008 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung unter anderem in Malaysia
ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 1-5

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 364/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1487/2005 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter veredelter Gewebe aus Polyester-Filamenten mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 107 vom 29.4.2010, S. 6-8

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zum Beitritt der Republik Südafrika zum geänderten AKP-EU-Partnerschaftsabkommen
7932/10

Standpunkt der Europäischen Union für die sechste Tagung des Assoziationsrates (Luxemburg, 27. April 2010)
8629/2/10 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates zu Sudan
9077/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Kirgisistan
8808/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Birma/Myanmar
8790/1/10 REV 1

3010. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. April 2010 in Luxemburg

Verordnung (EU) Nr. 437/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bezug auf Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen
ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 1-2

Verordnung (EU) Nr. 438/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken
ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 3-10

Beschluss Nr. 477/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Aufhebung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Festlegung einer Liste von Drittländern bzw. Teilen von Drittländern sowie der Tiergesundheits- und Hygienebedingungen und der Veterinärbescheinigungen für die Einfuhr von bestimmten lebenden Tieren und von frischem Fleisch dieser Tiere in die Gemeinschaft
ABl. L 135 vom 2.6.2010, S. 1-2

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 16/2009 des Rechnungshofs über die Verwaltung der Heranführungshilfe für die Türkei durch die Europäische Kommission
7928/10

Beschluss des Rates über einen Standpunkt der Union im Gemischten Ausschuss für Zusammenarbeit im Zollbereich, der durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Japans über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich eingerichtet wurde, in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung der Programme für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte in der Union und in Japan
7944/10

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über ein neues Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit den Föderierten Staaten von Mikronesien aufzunehmen
8625/10

Schlussfolgerungen des Rates zu dem Austauschprogramm für Polizeibeamte in Anlehnung an das Erasmus-Modell
8309/1/10 REV 1

Entschließung des Rates über eine Mustervereinbarung zur Bildung gemeinsamer Kooperationsteams im Rahmen des Kapitels 5 des Beschlusses 2008/615/JI
7991/10

Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Prävention im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen sowie der Betreuung der Opfer dieser Gewalt im Rahmen der Strafverfolgung
8310/10

Schlussfolgerungen des Rates betreffend die Verbesserung der Vorschriften für die administrative Kontrolle und die Identifizierung von Schnell- und Sportbooten und ihren Motoren und für den Austausch von Informationen und Erkenntnissen über strafbare Handlungen im Zusammenhang mit derartigen Booten und Motoren
8308/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Systemen und Mechanismen zur Verbesserung der Sicherheit von Explosivstoffen
7980/10

Schlussfolgerungen des Rates über den Einsatz eines standardisierten, multidimensionalen semistrukturierten Instruments zur Erfassung von Daten und Informationen über die Radikalisierungsprozesse in der EU
8570/10

Schlussfolgerungen des Rates über die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Stellen oder Strukturen, die für die Analyse der Terrorbedrohung zuständig sind
8571/10

2010/252/EU: Beschluss des Rates vom 26. April 2010 zur Ergänzung des Schengener Grenzkodex hinsichtlich der Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union koordinierten operativen Zusammenarbeit
ABl. L 111 vom 4.5.2010, S. 20-26

Schlussfolgerungen des Rates über die Prävention von Waldbränden in der Europäischen Union
7788/10

Schengen-Bewertung Bulgariens und Rumäniens Schlussfolgerungen des Rates über die Umsetzung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über den Datenschutz
6713/10

Schengen-Bewertung Deutschlands: Schlussfolgerungen des Rates
7369/1/10 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zu einem Aktionsplan für die Umsetzung der konzertierten Strategie zur Bekämpfung der Cyberkriminalität
5957/2/10 REV 2

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Belgiens für 2009-2012
ABl. C 143 vom 2.6.2010, S. 1-5

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands für 2009-2013
ABl. C 140 vom 29.05.2010, S. 12-17

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands für 2009-2014
ABl. C 142 vom 1.6.2010, S. 7-12

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Spaniens für 2009-2013
8545/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs für 2009-2013
ABl. C 140 vom 29.05.2010, S. 6-11

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens für 2009-2012
ABl. C 142 vom 01.06.2010, S. 13-18

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs für 2009-2014
ABl. C 143 vom 02.06.2010, S. 12-16

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Maltas für 2009-2012
8549/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande für 2009-2012
8550/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2009–2013
ABl. C 137 vom 27.05.2010, S. 7-11

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals für 2009-2013
8552/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Sloweniens für 2009-2013
8553/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Slowakei für 2009-2012
8554/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Finnlands für 2009-2013
ABl. C 138 vom 28.05.2010, S. 11-14

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Bulgariens für 2009-2012
ABl. C 137 vom 27.05.2010, S. 12-16

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für 2009-2012
ABl. C 138 vom 28.05.2010, S. 1-5

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks für 2009-2015
ABl. C 138 vom 28.05.2010, S. 6-10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands für 2009-2013
ABl. C 140 vom 29.05.2010, S. 1-5

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Lettlands für 2009-2012
ABl. C 142 vom 1.6.2010, S. 19-24

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Litauens für 2009-2012
ABl. C 143 vom 2.6.2010, S. 6-11

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Ungarns für 2009-2012
ABl. C 142 vom 1.6.2010, S. 1-6

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens für 2009-2012
ABl. C 143 vom 2.6.2010, S. 17-21

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Rumäniens für 2009-2012
8564/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens für 2009-2012
8565/10

Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für 2009/10-2014/15
8566/10

2010/248/EU: Beschluss des Rates vom 26. April 2010 zur Anpassung der Vergütungen gemäß den Beschlüssen 2003/479/EG und 2007/829/EG über die Regelung für zum Generalsekretariat des Rates abgeordnete nationale Sachverständige und Militärexperten
ABl. L 110 vom 01.05.2010, S. 31-31

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 17/2009 des Europäischen Rechnungshofs zu den aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanzierten Berufsbildungsmaßnahmen für Frauen
7838/10 + COR 1 (mt)

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Libanesischen Republik anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens in Form eines Protokolls zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits betreffen
7630/10 + REV 1 (fr)

Beschluss des Rates zur Festlegung eines Standpunkts der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Kroatien über die Beteiligung Kroatiens als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und über die entsprechenden Modalitäten
7645/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 15/2009 – Über Organisationen der Vereinten Nationen geleistete Hilfe der EU: Entscheidungsfindung und Kontrolle
9121/10

Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union sowie der Republik Burundi, der Republik Kenia, der Republik Ruanda, der Vereinigten Republik Tansania und der Republik Uganda zum Abkommen zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Partnerstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft andererseits
7901/10 + COR 1 + COR 1 REV 1 (lt)

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010			
TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Schriftliches Verfahren vom 14. April 2010 Standpunkt (EU) Nr. 9/2010 des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen – vom Rat am 14. April 2010 festgelegt (Text von Bedeutung für den EWR)	5247/1/10 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 290 AEUV Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie unbeschadet des künftigen Standpunkts der Organe zur Umsetzung von Artikel 290 AEUV oder einzelnen Gesetzgebungsakten, die derartige Bestimmungen enthalten, gelten.			
Erklärung des Vereinigten Königreichs und Irlands Das Vereinigte Königreich und Irland sind weiterhin der Überzeugung, dass das beste Ergebnis für Verbraucher, Einzelhändler und Hersteller von energieeffizienten Geräten ein einfaches Etikett lediglich mit der Kennzeichnung A bis G wäre, deren Einstufung in festgelegten regelmäßigen Abständen neu vorgenommen wird. Unserer Ansicht nach zeigen die verfügbaren Erfahrungswerte, dass ein solches einfaches Etikett, das nur die Kennzeichnung A bis G trägt, insgesamt einen größeren Marktanteil von effizienteren Produkten bewirken würde und dass etwaige Probleme während der Übergangsphase auf einen sehr geringen Teil der gesamten Lebensspanne des Etiketts beschränkt wären. Im Interesse einer Einigung über die Energieverbrauchsangabe-Richtlinie, die insgesamt eine Reihe von Vorteilen bietet, stimmen wir jedoch für diese Neufassung.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission Die Europäische Kommission nimmt zur Kenntnis, dass das Europäische Parlament und der Rat außer in den Fällen, in denen der Gesetzgebungsakt ein Dringlichkeitsverfahren vorsieht, davon ausgehen, dass bei der Notifizierung delegierter Rechtsakte den Ferienzeiten der Organe (Winter, Sommer und Europawahlen) Rechnung getragen wird, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und der Rat in der Lage sind, ihre Befugnisse innerhalb der in den einschlägigen Gesetzgebungsakten festgesetzten Fristen auszuüben, und ist bereit, dementsprechend zu handeln. Erklärungen der Kommission Artikel 1 Absatz 2 Die Kommission wird bei der Erstellung der in Erwägungsgrund 7 genannten Prioritätenliste mit energieverbrauchsrelevanten Produkten auch energieverbrauchsrelevante Bauprodukte gebührend berücksichtigen und dabei insbesondere den potenziellen Energieeinsparungen Rechnung tragen, die durch die Etikettierung einiger dieser Produkte erzielt werden könnten, da 40 % des gesamten Energieverbrauchs in der EU auf Gebäude entfallen. Artikel 10 Absatz 2 Die Kommission wird bei neuen delegierten Rechtsakten, die sie aufgrund der neugefassten Richtlinie vorschlägt, darauf achten, dass Überschneidungen von Rechtsvorschriften vermieden werden und dass die Gesamtkohärenz der EU-Rechtsvorschriften für Produkte gewahrt bleibt. Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe d Erheblicher Anteil der Produkte für die Überprüfung der auf dem Etikett angegebenen Klassifizierung Die Kommission ist der Auffassung, dass der Anteil der Produkte in den beiden höchsten Energieeffizienzklassen als erheblich anzusehen ist, wenn aufgrund von Schätzungen davon ausgegangen werden kann, dass – die Zahl der auf dem Binnenmarkt verfügbaren Modelle der Klasse A+++ oder A++ mindestens ein Drittel aller einschlägigen verfügbaren Modelle ausmacht – mindestens ein Drittel der Produkte, die jährlich auf dem Binnenmarkt verkauft werden, auf Produkte der Klasse A+++ oder A++ entfällt oder – beides zutrifft.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zur Verbraucherinformation Die Kommission unterstützt den Einsatz von Gemeinschaftsinstrumenten wie dem Programm "Intelligente Energie – Europa" als Beitrag zu - Initiativen, mit denen die Endnutzer für die Vorteile der Energieeffizienzkennzeichnung sensibilisiert werden, - Initiativen zur Beobachtung der Marktentwicklung und der technologischen Entwicklung, die zu energieeffizienteren Produkten führen, indem insbesondere die leistungsstärksten Modelle der einzelnen Produktgruppen ermittelt und die Informationen allen interessierten Kreisen, wie Verbraucherorganisationen, Industrieunternehmen und nichtsstaatlichen Umweltorganisationen, zur Verfügung gestellt werden, damit diese sie an möglichst viele Verbraucher weitergeben. Diese Beobachtung könnte auch als Indikator für die Überarbeitung der Maßnahmen zur Etikettierung und/oder umweltgerechten Gestaltung nach den Richtlinien 1992/75/EWG und 2009/125/EG dienen.			
Standpunkt (EU) Nr. 10/2010 des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – vom Rat am 14. April 2010 angenommen (Text von Bedeutung für den EWR)	5386/3/10 REV 3	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 290 AEUV Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie unbeschadet des künftigen Standpunkts der Organe zur Umsetzung von Artikel 290 AEUV oder einzelnen Gesetzgebungsakten, die derartige Bestimmungen enthalten, gelten.			
Erklärung der Niederlande Die Niederlande unterstützen die überarbeitete Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Sie weisen jedoch darauf hin, dass die etwaigen Ratschläge oder Empfehlungen, die die Kommission nach Artikel 10 der Richtlinie im Hinblick auf Maßnahmen zur Förderung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden erteilen kann, nicht verbindlich sind und dass Wahl und Einsatz von Finanzierungsinstrumenten in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Dies hat die Europäische Kommission auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 7. Dezember 2009 bestätigt.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Vereinigten Königreichs Das Vereinigte Königreich weist auf die Erklärung der Europäischen Kommission vom 19. November 2009 gegenüber dem AStV und das anschließende Schreiben vom 12. Februar 2010 an das Vereinigte Königreich bezüglich der Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden hin, in denen jeweils die Auffassung der Kommission bestätigt wurde, wonach mit dem Wort "sollte", das in der Definition des Begriffs "Niedrigstenergiegebäude" in Artikel 2 Nummer 1a der Neufassung der genannten Richtlinie verwendet wird, eine Bestrebung und damit keine Verpflichtung zum Ausdruck gebracht wird. Die Kommission wies darauf hin, dass die Verwendung des Worts "sollte" in dem genannten Artikel ihrer Auffassung nach absichtlich erfolgt ist und dass die beiden gesetzgebenden Organe ganz bewusst nicht das Wort "muss" bzw. die Formulierung "wird ... gedeckt" verwendet haben. Die Kommission wies zudem darauf hin, dass dies voll und ganz mit der Rechtspraxis der Gemeinschaft übereinstimmt, wonach "sollte" stets eine Bestrebung und keine Verpflichtung zum Ausdruck bringt. Die Kommission wies ferner darauf hin, dass der Satz im Zusammenhang mit dem Hauptziel der Richtlinie zu lesen ist, das gemäß Artikel 1 der Richtlinie in der Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden besteht. Zwar wird es in Artikel 2 Nummer 1a als wünschenswert betrachtet, den Energiebedarf durch Energie aus erneuerbaren Quellen zu decken, doch wird die Nutzung anderer Energiequellen oder Energieversorgungssysteme dadurch nicht ausgeschlossen. Die Kommission wies ferner darauf hin, dass die neu gefasste Richtlinie nicht die Freiheit der Mitgliedstaaten beeinträchtigt, ihren eigenen Energiemix festzulegen, und dass der nationale Energiemix eines Mitgliedstaats und der Umfang, in dem andere Quellen zum Erreichen der beiden Ziele Bekämpfung des Klimawandels und Gewährleistung der Energiesicherheit beitragen, eine der wichtigsten Erwägungen sein werden, die ein Mitgliedstaat berücksichtigen wird, wenn er festlegt, wie das vereinbarte Ziel am besten erreicht werden kann. Die Kommission erinnerte abschließend daran, dass die Umsetzung des in der Begriffsbestimmung genannten Ziels im Zusammenhang mit der entsprechenden operativen Bestimmung, d.h. Artikel 9 einschließlich seines Absatzes 6, zu sehen ist. Das Vereinigte Königreich weist zudem darauf hin, dass die Kommission ihren Standpunkt in den Kontakten mit den Rechts- und Sprachsachverständigen bestätigt hat und dafür eingetreten ist, dass das Wort "sollte" bei der endgültigen Überarbeitung des Artikels 2 im März 2010 beibehalten wird.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zur Finanzierung der Förderung von Energieeffizienz in Gebäuden Die Kommission unterstreicht die zentrale Rolle der Finanzierungsinstrumente für eine erfolgreiche Umgestaltung der europäischen Bauwirtschaft zu einem Sektor, der durch Energieeffizienz und niedrigen CO2-Ausstoß gekennzeichnet ist. Die Kommission wird den Mitgliedstaaten auch weiterhin nahelegen, die im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung verfügbaren Mittel umfassend in Anspruch zu nehmen (derzeit können bis zu 4 % der dem Fonds insgesamt zugewiesenen nationalen Finanzmittel, was einem Betrag von 8 Mrd. EUR entspricht, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung von erneuerbaren Energien in Wohngebäuden verwendet werden, und zwar zusätzlich zu den nicht begrenzten Finanzhilfen, die für die Nutzung nachhaltiger Energien in öffentlichen und gewerblich/industriell genutzten Gebäuden bereits zur Verfügung stehen); weiterhin wird sie die Mitgliedstaaten bei der besseren Nutzung sämtlicher verfügbarer Mittel und Finanzierungsmöglichkeiten unterstützen, die als Katalysator zur Stimulierung von Investitionen in die Energieeffizienz wirken können. Darüber hinaus wird die Kommission die Möglichkeit prüfen, sämtliche bestehenden Initiativen, etwa die Initiative "Intelligente Städte" ¹, oder die Nutzung der Mittel des Programms "Intelligente Energie - Europa II" weiterzuentwickeln, zum Beispiel zwecks Weitergabe von Wissen und fachlicher Unterstützung bei der Einrichtung nationaler revolvingender Fonds. Die Kommission wird des Weiteren eine Übersicht über die in den Mitgliedstaaten aktuell bestehenden Finanzierungsmechanismen erstellen und diese analysieren; sie wird die Ergebnisse mit dem Ziel berücksichtigen, bewährte Praktiken EU-weit zu verbreiten. Schließlich wird die Kommission im Anschluss an die Analyse nach Artikel 10 Absatz 5 der Richtlinie [2010/XXXX/EG] über die mögliche künftige Entwicklung finanzieller Anreize (unter anderem im Hinblick auf die Gemeinschaftsinstrumente, die in diesem Zusammenhang in Artikel 10 Absatz 5 Buchstabe a genannt werden) und deren bestmögliche Nutzung für Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden nachdenken. Erklärung der Kommission Die Europäische Kommission nimmt zur Kenntnis, dass das Europäische Parlament und der Rat außer in den Fällen, in denen der Gesetzgebungsakt ein Dringlichkeitsverfahren vorsieht, davon ausgehen, dass bei der Notifizierung delegierter Rechtsakte den Ferienzeiten der Organe (Winter, Sommer und Europawahlen) Rechnung getragen wird, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und der Rat in der Lage sind, ihre Befugnisse innerhalb der in den einschlägigen Gesetzgebungsakten festgesetzten Fristen auszuüben, und ist bereit, dementsprechend zu handeln.			

¹ SET-Plan KOM (2009) 519.

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3010. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. April 2010 in Luxemburg Verordnung (EU) Nr. 437/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bezug auf Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Europäische Kommission bekräftigen, dass sie für die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Segregation und Rassismus, insbesondere im Hinblick auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen, eintreten und befürworten, dass hierfür gegebenenfalls Finanzmittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung eingesetzt werden. Für die Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen in die europäische Gesellschaft sind Wohnungen neben bildungs-, gesundheits- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Der Rat und die Kommission sind jedoch der Auffassung, dass angesichts der in Artikel 174 und 176 AEUV genannten Ziele der Kohäsionspolitik Ausgaben für den Wohnungsbausektor als Ausnahme zu betrachten sind. Bislang wurde von dieser Ausnahme lediglich unter strengen Bedingungen für diejenigen Mitgliedstaaten Gebrauch gemacht, die der Europäischen Union seit dem 1. Mai 2004 beigetreten sind. Deshalb erklären der Rat und die Kommission, dass Wohnungsbauvorhaben zugunsten von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in der gesamten Europäischen Union nur ausnahmsweise aus dem EFRE gefördert werden können. Eine Förderung sollte ausschließlich dann erfolgen, wenn die Vorhaben Bestandteil eines integrierten Konzepts für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen wie der Roma sind. Diese Ausnahme ist keinesfalls so zu verstehen, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik künftig generell Wohnungsbauvorhaben finanziert werden können.	PE-CONS 6/10 + COR 1 (lv)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer: DE: dagegen HU: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Rates Obwohl der Wortlaut von Erwägungsgrund 7 der Verordnung nicht mit dem übereinstimmt, der in der Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zur Umsetzung des Artikels 291 AEUV verwendet wurde, hat der Rat in Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit, die mit dieser Verordnung geregelt wird, nicht auf seiner Änderung bestanden, da er sinngemäß das Gleiche besagt wie jene Erklärung, nämlich dass bis zum Erlass der Verordnung gemäß Artikel 291 Absatz 3 AEUV der Beschlusses 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse mit Ausnahme der Bestimmungen über das Regelungsverfahren mit Kontrolle weiter gilt.			
Verordnung (EU) Nr. 438/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken	PE-CONS 7/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 290 AEUV Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen dieser Verordnung unbeschadet des künftigen Standpunkts der Organe zur Umsetzung von Artikel 290 AEUV oder einzelnen Gesetzgebungsakten, die derartige Bestimmungen enthalten, gelten.			
Erklärung der Kommission Die Kommission beabsichtigt, eine vollständige Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 vor dem 30. Juni 2011 und insbesondere der Aspekte der delegierten Rechtsakte und der Durchführungsrechtsakte vorzuschlagen.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE

APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zur Übermittlung von delegierten Rechtsakten Die Europäische Kommission nimmt zur Kenntnis, dass das Europäische Parlament und der Rat außer in den Fällen, in denen der Gesetzgebungsakt ein Dringlichkeitsverfahren vorsieht, davon ausgehen, dass bei der Notifizierung delegierter Rechtsakte den Ferienzeiten der Organe (Winter, Sommer und Europawahlen) Rechnung getragen wird, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und der Rat in der Lage sind, ihre Befugnisse innerhalb der in den einschlägigen Gesetzgebungsakten festgesetzten Fristen auszuüben, und ist bereit, dementsprechend zu handeln. Erklärung der Kommission Entsprechend der Folgenabschätzung zu ihrem Vorschlag ist die Kommission zu der Ansicht gelangt, dass die Übergangsregelung beendet werden muss, und beabsichtigt keine Verlängerung dieser Regelung über 2011 hinaus. Erklärung des Rates Bei der Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 über die Veterinärbedingungen für die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken erinnert der Rat an seine Erklärung vom 15. Dezember 2009 zu der Mitteilung der Kommission vom 9. Dezember 2009 über die Umsetzung des Artikels 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Erklärung des Vereinigten Königreichs, Irlands, Schwedens, Finnlands und Maltas Wir (das Vereinigte Königreich, Irland, Schweden, Finnland und Malta) gehen uneingeschränkt davon aus, dass die Kontrollen der Verbringung von Heimtieren im Rahmen der harmonisierten EU-Regelung einen ausreichenden Schutz bieten werden, wenn die Übergangsmaßnahmen am 31. Dezember 2011 enden. Wir sehen keine Notwendigkeit, unsere derzeitige Ausnahmeregelung über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern, und werden die Kommission deshalb nicht ersuchen, dies zu tun.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
APRIL 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Beschluss Nr. 477/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Aufhebung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Festlegung einer Liste von Drittländern bzw. Teilen von Drittländern sowie der Tiergesundheits- und Hygienebedingungen und der Veterinärbescheinigungen für die Einfuhr von bestimmten lebenden Tieren und von frischem Fleisch dieser Tiere in die Gemeinschaft	PE-CONS 8/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3009. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 26. April 2010 in Luxemburg 2010/232/GASP: Beschluss 2010/232/GASP des Rates vom 26. April 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Birma/Myanmar 8219/10 2010/231/GASP: Beschluss 2010/231/GASP des Rates vom 26. April 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Somalia und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/138/GASP 7907/10 Verordnung (EU) Nr. 356/2010 des Rates vom 26. April 2010 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen aufgrund der Lage in Somalia 7903/10 + COR 1 (fi) Beschluss des Rates über die Weitergabe – an internationale Organisationen und andere dritte Parteien – von EU-Verschlussachen und Dokumenten, die für die Zwecke der vom Rat eingerichteten EU-Missionen erstellt wurden 8463/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSÄKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 400/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Ausweitung des mit der Verordnung (EG) Nr. 1858/2005 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China auf die Einfuhren von aus der Republik Korea versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnisse aus der Republik Korea angemeldet oder nicht, und zur Einstellung der Untersuchung betreffend die aus Malaysia versandten Einfuhren 8460/10	
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 363/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1001/2008 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung unter anderem in Malaysia 8080/10	
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 364/2010 des Rates vom 26. April 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1487/2005 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter veredelter Gewebe aus Polyester-Filamenten mit Ursprung in der Volksrepublik China 8278/10	
Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im AKP-EU-Ministerrat zum Beitritt der Republik Südafrika zum geänderten AKP-EU-Partnerschaftsabkommen 7932/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Standpunkt der Europäischen Union für die sechste Tagung des Assoziationsrates (Luxemburg, 27. April 2010) 8629/2/10 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates zu Sudan 9077/10 Schlussfolgerungen des Rates zu Kirgisistan 8808/10 Schlussfolgerungen des Rates zu Birma/Myanmar 8790/1/10 REV 1 3010. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 26. April 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 16/2009 des Rechnungshofs über die Verwaltung der Heranführungshilfe für die Türkei durch die Europäische Kommission 7928/10 Beschluss des Rates über einen Standpunkt der Union im Gemischten Ausschuss für Zusammenarbeit im Zollbereich, der durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Japans über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich eingerichtet wurde, in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung der Programme für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte in der Union und in Japan 7944/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSÄKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Union Verhandlungen über ein neues Protokoll zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit den Föderierten Staaten von Mikronesien aufzunehmen 8625/10	
Schlussfolgerungen des Rates zu dem Austauschprogramm für Polizeibeamte in Anlehnung an das Erasmus-Modell 8309/1/10 REV 1	
Entschießung des Rates über eine Mustervereinbarung zur Bildung gemeinsamer Kooperationssteams im Rahmen des Kapitels 5 des Beschlusses 2008/615/JI 7991/10	
Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Prävention im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen sowie der Betreuung der Opfer dieser Gewalt im Rahmen der Strafverfolgung 8310/10	
Schlussfolgerungen des Rates betreffend die Verbesserung der Vorschriften für die administrative Kontrolle und die Identifizierung von Schnell- und Sportbooten und ihren Motoren und für den Austausch von Informationen und Erkenntnissen über strafbare Handlungen im Zusammenhang mit derartigen Booten und Motoren 8308/10	
Schlussfolgerungen des Rates zu Systemen und Mechanismen zur Verbesserung der Sicherheit von Explosivstoffen 7980/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates über den Einsatz eines standardisierten, multidimensionalen semistrukturierten Instruments zur Erfassung von Daten und Informationen über die Radikalisierungsprozesse in der EU 8570/10	
Schlussfolgerungen des Rates über die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Stellen oder Strukturen, die für die Analyse der Terrorbedrohung zuständig sind 8571/10	
2010/252/EU: Beschluss des Rates vom 26. April 2010 zur Ergänzung des Schengener Grenzkodex hinsichtlich der Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union koordinierten operativen Zusammenarbeit	
Erklärung des Rates Der Rat ersucht die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Rat und der Kommission zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Beschlusses oder – bei Auftreten erheblicher Probleme – auch bereits vor diesem Zeitpunkt über die praktische Anwendung dieses Beschlusses Bericht zu erstatten. Werden im Rahmen der Auswertung der Seeereignisse besondere Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung festgestellt, so kann die Kommission ersucht werden, Überlegungen über mögliche Vorschläge für eine geeignete Änderung des Beschlusses anzustellen.	
Schlussfolgerungen des Rates über die Prävention von Waldbränden in der Europäischen Union 7788/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schengen-Bewertung Bulgariens und Rumäniens: Schlussfolgerungen des Rates über die Umsetzung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über den Datenschutz 6713/10	
Schengen-Bewertung Deutschlands: Schlussfolgerungen des Rates 7369/1/10 REV 1	
Schlussfolgerungen des Rates zu einem Aktionsplan für die Umsetzung der konzertierten Strategie zur Bekämpfung der Cyberkriminalität 5957/2/10 REV 2	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Belgiens für 2009-2012 8542/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Deutschlands für 2009-2013 8543/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands für 2009-2014 8544/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Spaniens für 2009-2013 8545/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Frankreichs für 2009-2013 8546/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGS AKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTS AKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Irlands für 2009-2012 8547/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Luxemburgs für 2009-2014 8548/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Maltas für 2009-2012 8549/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Niederlande für 2009-2012 8550/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2009-2013 8551/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals für 2009-2013 8552/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Sloweniens für 2009-2013 8553/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm der Slowakei für 2009-2012 8554/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSÄKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Finnlands für 2009-2013 8555/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Bulgariens für 2009-2012 8556/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm der Tschechischen Republik für 2009-2012 8557/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Dänemarks für 2009-2015 8558/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands für 2009-2013 8559/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Lettlands für 2009-2012 8560/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Litauens für 2009-2012 8561/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Ungarns für 2009-2012 8562/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens für 2009-2012 8563/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Rumäniens für 2009-2012 8564/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Schwedens für 2009-2012 8565/10	
Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für 2009/10-2014/15 8566/10	
2010/248/EU: Beschluss des Rates vom 26. April 2010 zur Anpassung der Vergütungen gemäß den Beschlüssen 2003/479/EG und 2007/829/EG über die Regelung für zum Generalsekretariat des Rates abgeordnete nationale Sachverständige und Militärexperten 7459/10	
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 17/2009 des Europäischen Rechnungshofs zu den aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanzierten Berufsbildungsmaßnahmen für Frauen 7838/10 + COR 1 (mt)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE APRIL 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Libanesischen Republik anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens in Form eines Protokolls zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits betreffen 7630/10 + REV 1 (fr) Beschluss des Rates zur Festlegung eines Standpunkts der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Kroatien über die Beteiligung Kroatiens als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und über die entsprechenden Modalitäten 7645/10 Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 15/2009 – Über Organisationen der Vereinten Nationen geleistete Hilfe der EU: Entscheidungsfindung und Kontrolle 9121/10 Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union sowie der Republik Burundi, der Republik Kenia, der Republik Ruanda, der Vereinigten Republik Tansania und der Republik Uganda zum Abkommen zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Partnerstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft andererseits 7901/10 + COR 1+ COR 1 REV 1 (lt)	